

Düsseldorfer Erklärung

Die Zeit ist reif für den Kohleausstieg

Die globale Klimakrise zwingt dazu, die Energieversorgung grundlegend neu aufzustellen. Klimabedingte Katastrophen wie Dürren, Überschwemmungen, Stürme und Hitzewellen nehmen weltweit zu – das drängt zum entschlossenen Handeln, um die Welt im ökologischen Gleichgewicht zu halten, damit den Menschen nicht ihre Lebensgrundlage genommen wird.

Die Klimakrise ist nicht allein eine ökologische, sondern auch eine soziale und Gerechtigkeitsfrage. Am stärksten leiden diejenigen unter dem Klimawandel, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Sie ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit: Denn sie betrügt diejenigen um ihre Zukunft, deren Gegenwart noch gar nicht richtig angefangen hat: die nach uns kommenden Generationen.

Vor diesem Hintergrund haben die Staaten der Erde im Pariser Klimaabkommen im Dezember 2015 bestätigt und verbindlich vereinbart, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2° C zu begrenzen. Deutschland selbst hat 2015 im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft die Dekarbonisierung – und damit das Ziel einer kohlenstofffreien Wirtschaft – verankert.

Klimaschutz gelingt nur mit Kohleausstieg

Deutschland droht sein eigenes Klimaziel für 2020 zu verfehlen. 2016 sind die Treibhausgasemissionen sogar wieder angestiegen. Das nationale Klimaschutzziel sowie die Verpflichtung aus dem Pariser Klimaabkommen können nur erreicht werden, wenn jetzt ein schrittweiser und planvoller Ausstieg aus der Kohleverstromung eingeleitet wird.

Nordrhein-Westfalen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu: Mit 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist NRW das bevölkerungsreichste Bundesland Deutschlands. NRW erwirtschaftet 4,6 Prozent des europäischen BIP und ist damit eine der bedeutendsten Wirtschaftsregionen Europas. Als Industrieland Nr. 1 in Deutschland ist NRW zugleich Energieland Nr. 1: Hier wird rund ein Drittel des deutschen Stroms produziert und findet etwa ein Viertel des deutschen Energieverbrauchs statt. Das bedeutet zugleich: NRW ist auch Emissionsland Nr. 1 in Deutschland: Hier fällt etwa ein Drittel aller bundesdeutschen CO₂-Emissionen an (2012: rd. 305 Mio. Tonnen).

Das zeigt: Erfolgreicher Klimaschutz in Deutschland geht nicht ohne erfolgreichen Klimaschutz „Made in NRW“. Wenn wir den Kohleausstieg hier in NRW nicht schaffen, scheitert er in Deutschland.

Kohlekraftwerke gehören zu den Überresten aus der alten Energiewelt. Sie sind unflexibel, klimaschädlich und gefährden die Gesundheit der Menschen. In einem modernen, auf Umweltschutz und erneuerbaren Energien basierenden Stromsystem ist kein Platz für die Kohle. Das zeigt sich vor allem darin, dass die Energiewirtschaft selbst ihre Zukunft inzwischen ohne Kohlekraftwerke plant.

Die Kohlenutzung war nach dem Zweiten Weltkrieg der Motor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Doch bereits seit Jahrzehnten nimmt diese Bedeutung kontinuierlich ab: Von 650.000 Beschäftigten zu Beginn der 1960er Jahre verbleiben heute noch knapp 30.000 in der Stein- und Braunkohleverstromung.

Mit dem Auslaufen der Steinkohleförderung wird sich diese Zahl 2018 noch einmal um ein Viertel reduzieren. Der anstehende Abschied von der Kohleverstromung ist insofern der letzte Baustein eines langen Prozesses.

Erneuerbare auf dem Vormarsch

Weltweit haben die Investitionen in Erneuerbare Energien ein nie dagewesenes Hoch von rund 300 Mrd. US-Dollar erreicht und liegen damit höher als jene in fossile Anlagen. In Deutschland aber sind die Investitionen in die Erneuerbaren dagegen 2015 um sage und schreibe 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr eingebrochen. Wir verlieren den Anschluss an die Weltspitze.

Gleichzeitig kehren immer mehr Regierungen der Kohle den Rücken. Großbritannien hat den Kohleausstieg bis 2025 angekündigt. Die Niederlande haben vor einigen Monaten den Kohleausstieg beschlossen, Frankreich will schon 2023 das letzte Kohlekraftwerk abschalten. Zuletzt sank der weltweite Kohleverbrauch. Der größte Kohleverbraucher weltweit, China, will bis 2020 die Kohleförderung um ein Drittel zurückführen. Zudem wurde dort ein Baustopp für 30 Kohlekraftwerke verhängt.

Die Dekarbonisierung der internationalen Wirtschaft ist in vollem Gange: Große Unternehmen wie das Versicherungsunternehmen AXA oder die Rockefeller-Stiftung ziehen ihr Kapital aus der Kohle ab und investieren in Erneuerbare Energien. Divestment ist die Zwillingsschwester des Kohleausstiegs!

Gesellschaftlichen Diskurs jetzt starten

Der Kohleausstieg braucht einen breiten gesellschaftlichen Diskurs. Dies soll und kann erreicht werden durch den Dialog mit Gewerkschaften, Industrie, Energiewirtschaft, Umweltverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Darüber hinaus bedarf es der Unterstützung der betroffenen Regionen. Im Rheinischen Revier haben sich neue Unternehmen außerhalb des Kohlesektors etabliert. In der Lausitz gründen sich Netzwerke, um eine Zukunft ohne Kohle vorzubereiten. Diese Ansätze wollen wir gezielt fördern, um die Reviere zu Modellregionen für den Kohleausstieg zu machen.

Grüner Sechs-Punkte-Plan für den Kohleausstieg

Deutschland kann nicht gleichzeitig Energiewendeland sein und Kohleland bleiben. Es sollte sich vielmehr an die Spitze der globalen Entwicklung setzen und endlich den Strukturwandel in der Energiewirtschaft weg von der klimaschädlichen Kohle verbindlich einleiten. Neben unserer Verantwortung beim Klimaschutz wird durch den Kohleausstieg auch den im deutschen Strommarkt vorhandenen Überkapazitäten Rechnung getragen. Diese Überkapazitäten aus der Kohleverstromung behindern den Ausbau der Erneuerbaren Energien, indem sie das Stromnetz verstopfen.

Kohlekraftwerke bedrohen mit dem Ausstoß zahlreicher Schadstoffe, darunter vor allem Stickoxide und Quecksilber, die Gesundheit der Bevölkerung. Die Bundesregierung blockiert auf EU-Ebene die technisch mögliche Senkung der Grenzwerte. Der Kohleausstieg ist der nächste Schritt zur ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft. Er knüpft an die erfolgreiche grüne Politik bei Atomausstieg, Ökostromausbau und der Energiewende an:

Wir sind der festen Überzeugung, dass menschliches Leben und Zusammenleben zukünftig nur im Einklang mit der Natur, nur unter Rücksichtnahme auf eine intakte Umwelt und nur dann möglich ist und bleibt, wenn wir das Fieber der Welt senken und die Temperaturkurve unseres Planeten so weit wie möglich absenken. Heute erfahren grüne Erfolge und Werte eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und haben ihr großes Innovations- und Wirtschaftspotenzial bewiesen. Wir sind davon überzeugt, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung sich ebenfalls als erfolgreicher Schritt in ein umwelt- und sozialverträgliches Wirtschaften erweisen wird.

Wer so tut, als würde die Kohle noch über Jahrzehnte benötigt, gaukelt der Öffentlichkeit, auch und vor allem in den Braunkohleregionen, etwas vor. Die Menschen dort brauchen jetzt vor allem eins: Planungssicherheit.

Wir wollen vor diesem Hintergrund einen verbindlichen Sechs-Punkte-Plan für einen sozialverträglichen Kohleausstieg umsetzen.

1. Kohleausstiegskommission einsetzen

Noch im laufenden Jahr soll auf Bundesebene eine pluralistisch zusammengesetzte Kohleausstiegskommission eingesetzt werden, die das Ausstiegskonzept gemäß der klimapolitischen Verpflichtungen in einem breiten gesellschaftlichen Dialogprozess begleitet, die Kernelemente des Ausstiegs diskutiert und konkretisiert.

2. Mindestens 20 Kraftwerksblöcke bundesweit vor 2020 stilllegen

Um die Klimaschutzziele 2020 doch noch erreichen zu können, müssen noch vor 2020 bundesweit rund 20 besonders klimaschädliche Kohlekraftwerksblöcke stillgelegt werden. Die anzustrebende Einsparung muss etwa 90 Mio. Tonnen CO₂ entsprechen.

Die Auswahl der Kraftwerksblöcke sollte sich an den Faktoren Anlagenalter, Effizienz, Systemrelevanz für die Stromversorgung, die Bedeutung für die Wärmeversorgung sowie CO₂-Ausstoß orientieren. Dabei ist die Frage der Sozialverträglichkeit für die betroffenen Arbeitskräfte mitentscheidend für eine mögliche Abschaltung.

3. Strukturentwicklungsfonds auflegen

Es soll ein vom Bund und den betroffenen Ländern betreuter regionaler Fonds eingerichtet werden, mit dem die Sozialverträglichkeit sichergestellt und Strukturwandelprozesse forciert werden sollten. Der im Jahr 2014 begonnene Prozess mit Gründung der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat bereits erste auch arbeitsplatzbezogene Leitprojekte und Ideen identifiziert. Dieser Prozess sollte durch den Fonds unterstützt werden, um die Strukturentwicklung in den Braunkohlerevieren zu stärken und neue wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven zu schaffen. Die Region hat durchaus das Potential, zum Silicon Valley der Energiewende zu werden.

4. Kohleausstiegsgesetz mit folgenden Regelungen beschließen

- Einführung von CO₂-Budgets für alle fossilen Kraftwerke. Diese sollen sich zunächst an der Jahresemission eines modernen Gaskraftwerks orientieren. Budgets bzw. die entsprechenden CO₂-Minderungsziele sollen im Verlauf entsprechend der im Pariser Abkommen vereinbarten Klimaverpflichtungen dynamisch angepasst werden, begleitend dazu werden Überwachungs- und Monitoringprozesse aufgesetzt,
- Verbot für die Errichtung neuer Kohlekraftwerke, neuer Tagebau sowie von Enteignungen und Umsiedlungen
- Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds, in den die in den Unternehmen vorhandenen Rückstellungen zur Haftung für Sanierung und Rekultivierung im Braunkohletagebau übertragen werden.

5. Schadstoffausstoß begrenzen

Die immissionsschutzrechtliche Privilegierung der Kohleverstromung wollen wir aufheben, die Einhaltung von strengen Emissionsgrenzwerten für krebserzeugende Stoffe, wie Stickoxide, sicherstellen und einen Fahrplan zur Umsetzung der Minamata-Konvention zu Quecksilber erreichen.

6. CO₂-Mindestpreis einführen und Emissionshandel reparieren

Zusammen mit anderen Ländern der EU soll ein nationaler Mindestpreis für CO₂ bei der Stromerzeugung eingeführt werden. So hat etwa Großbritannien einen solchen bereits eingeführt und in Frankreich gibt es entsprechende Überlegungen.

Darüber hinaus muss sich die Bundesregierung auf EU-Ebene nachdrücklich dafür einsetzen, die aktuell rund drei Milliarden überschüssigen CO₂-Zertifikate zu löschen und die im Zuge des nationalen Kohleausstiegs freiwerdenden Zertifikate auf nationaler Ebene ebenfalls zu löschen.

Düsseldorf, 29. April 2017

Johannes Rimmel

Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Franz Untersteller

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg

Tarek Al-Wazir

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung des Landes Hessen

Ulrike Höfken

Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz